



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge



# Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

03/2023

Das BAMF

# Inhaltsverzeichnis

## Verfahren

BVerwG: Subsidiär Schutzberechtigten ist die Selbstbezeichnung einer Straftat gegen ihren Willen nicht zuzumuten, um einen Nationalpass des Herkunftsstaates zu erhalten 3

Türkei:  
Situation alleinstehender Frauen und alleinerziehender Mütter 4

## Rechtsprechung

VG Mannheim / Afghanistan:  
Grundsatzentscheidung zu asylrechtlichen Fragen 5

VG Frankfurt / Jordanien:  
Subsidiärer Schutz bei Bedrohung durch eigenen Vater 7

VG Osnabrück / Simbabwe:  
Interner Schutz für alleinstehende Frau möglich und zumutbar 8

## Blick zum Nachbarn

EUAA – Überblick über die Asyltrends 2022 9

Neuerwerbungen der Bibliothek 10

Impressum 12



## **BVerwG: Subsidiär Schutzberechtigten ist die Selbstbezichtigung einer Straftat gegen ihren Willen nicht zuzumuten, um einen Nationalpass des Herkunftsstaates zu erhalten**

Das BVerwG hat mit Entscheidung vom 11. Oktober 2022 (Az. 1 C 9.21)<sup>1</sup> die beklagte Ausländerbehörde verpflichtet, dem Kläger einen Reiseausweis für Ausländer auszustellen (§ 5 Abs. 1 AufenthV i. V. m. Art. 25 Abs. 2 RL 2011/95/EU). Das nach § 5 Abs. 1 AufenthV eröffnete Ermessen sei bei subsidiär Schutzberechtigten in richtlinienkonformer Anwendung des § 5 Abs. 1 AufenthV auf Null reduziert, wenn nicht zwingende Gründe der nationalen Sicherheit oder öffentlichen Ordnung der Ausstellung eines Reiseausweises entgegenstehen.<sup>2</sup>

Art. 25 Abs. 2 RL 2011/95/EU gewährt jedem subsidiär Schutzberechtigten ein nicht auf dringliche humanitäre Anlässe beschränktes Recht zur Durchführung von Auslandsreisen und trage so auch dem Recht auf Freizügigkeit Rechnung (Art. 2 Nr. 2 Zusatzprotokoll Nr. 4 zur Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK). Vorbehaltlich entgegenstehender Gründe der nationalen Sicherheit oder öffentlichen Ordnung soll jeder subsidiär Schutzberechtigte entweder mit einem nationalen Pass oder, wenn er einen solchen (auf zumutbare Weise) nicht erhalten kann, mit einem mitgliedstaatlichen Reisedokument Auslandsreisen unternehmen können.<sup>3</sup>

Da der Kläger plausibel erklärt habe, dass er die vom eritreischen Staat geforderte Reueerklärung nicht abgeben wolle, weil er dieses Konstrukt zur Bereinigung seines Verhältnisses zum eritreischen Staat und zur Wiedererlangung seiner staatsbürgerlichen Rechte ablehne, sei ihm die Abgabe einer Reueerklärung zur Erlangung eines eritreischen Nationalpasses nicht zumutbar. Die Glaubhaftmachung einer Gewissensentscheidung oder einer unauflösbaren inneren Konfliktlage sei insoweit nicht erforderlich.<sup>4</sup>

Die Entscheidung über die Zumutbarkeit erfordert eine Abwägung der Interessen des Ausländers unter Beachtung seiner Grundrechte (Ausreisefreiheit, Persönlichkeitsrecht) und der Werteordnung des

Grundgesetzes einerseits mit den staatlichen Interessen, insbesondere der dadurch geforderten Rücksichtnahme auf die Personalhoheit des Herkunftsstaates, andererseits.<sup>5</sup>

Die Weigerung eines Aufnahmestaates, einem subsidiär schutzberechtigten Ausländer ein Reisedokument auszustellen, weil dieser bei den Behörden seines Herkunftsstaates einen Pass beantragen könne, stellt einen Eingriff in die Ausreisefreiheit dar.<sup>6</sup> Dieser Eingriff ist nach Art. 2 Nr. 3 Zusatzprotokoll Nr. 4 zur EMRK nur gerechtfertigt, wenn die Ablehnung der Ausstellung eines Reisedokuments in einer demokratischen Gesellschaft zur Erreichung eines der dort abschließend aufgeführten legitimen Ziele notwendig und verhältnismäßig ist.

Ausländer sind daher grundsätzlich gehalten, sich bei den Behörden ihres Herkunftsstaates um die Ausstellung eines Nationalpasses zu bemühen. Die Erteilung eines Reiseausweises für Ausländer kommt grundsätzlich nur in Betracht, wenn solche Bemühungen nachweislich ohne Erfolg geblieben sind. Erfolgreiche Bemühungen um die Ausstellung eines Nationalpasses sind nur im Ausnahmefall entbehrlich, wobei der Ausländer die einen Ausnahmefall begründenden Umstände darzulegen hat.<sup>7</sup>

Subsidiär Schutzberechtigten ist es nicht schon allein wegen des ihnen zuerkannten Schutzstatus unzumutbar, bei der Auslandsvertretung ihres Herkunftsstaates einen nationalen Pass zu beantragen. Dies ergibt sich aus den Unterschieden der Rechtsstellung anerkannter Flüchtlinge (Art. 25 Abs. 1 RL 2011/95/EU i. V. m. Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GFK) und subsidiär Schutzberechtigter (Art. 25 Abs. 2 RL 2011/95/EU) nach den einschlägigen Rechtsvorschriften vor allem des Unionsrechts.<sup>8</sup>

Im Streitfall sei die nach den tatrichterlichen Feststellungen zur Erlangung eines eritreischen Nationalpasses abzugebende Reueerklärung dem Kläger nicht zumutbar. Diese Erklärung umfasse auch die Selbstbezichtigung einer Straftat, nämlich der nach eritreischem Recht strafbaren illegalen Ausreise.

Das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG) schützt vor einem Zwang zur Selbstbezichtigung. Dies gelte nicht nur in Bezug auf Strafverfahren<sup>9</sup> sondern auch dann, wenn zur Erlangung einer staatlichen Leistung, auf die grundsätzlich ein Anspruch besteht (Recht auf einen Pass zur Durchführung von Auslandsreisen, Art. 25 Abs. 2 RL 2011/95/EU), auf die Abgabe einer Selbstbezichtigung verwiesen wird.<sup>10</sup>

<sup>1</sup> BVerwG, vom 11.10.2022, BVerwG 1 C 9.21, Urteil; in: MiLo:

[https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/693991/694906/695126/695120/23528969/-/BVerwG%2C\\_vom\\_11.10.2022%2C\\_BVerwG\\_1\\_C\\_9.21%2C\\_Urteil.pdf?no-deid=24026511&vernum=-2](https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/693991/694906/695126/695120/23528969/-/BVerwG%2C_vom_11.10.2022%2C_BVerwG_1_C_9.21%2C_Urteil.pdf?no-deid=24026511&vernum=-2)

<sup>2</sup> Ebd., Rn. 35.

<sup>3</sup> Ebd., Rn. 21.

<sup>4</sup> Ebd., Rn. 31.

<sup>5</sup> Ebd., Rn. 10 und Rn. 19.

<sup>6</sup> Vgl. EGMR, Ur. v. 14.06.2022 - Nr. 38121/20 - Rn. 81.

<sup>7</sup> BVerwG, vom 11.10.2022, BVerwG 1 C 9.21, Urteil, Rn. 11.

<sup>8</sup> Ebd., Rn. 12ff.

<sup>9</sup> Vgl. BVerfG, Beschluss v. 26.02.1997, 1 BvR 2172/96.

<sup>10</sup> BVerwG, vom 11.10.2022, BVerwG 1 C 9.21, Urteil, Rn. 20f.

Mit dem Verweis auf die Abgabe einer Reueerklärung zur Erlangung eines eritreischen Nationalpasses durch die Ausländerbehörde liege daher ein mittelbarer Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht jedenfalls dann vor, wenn die betroffene Person plausibel darlegt, dass sie zu der Selbstbeziehung nicht bereit ist.

Für eritreische Staatsangehörige, die plausibel bekunden, die Erklärung nicht abgeben zu wollen, stelle diese weder eine nach § 5 Abs. 2 Nr. 2 AufenthV zumutbare Mitwirkungshandlung noch eine „zumutbare staatsbürgerliche Pflicht“ im Sinne von § 5 Abs. 2 Nr. 3 AufenthV dar.<sup>11</sup> Vom Herkunftsstaat geforderte Mitwirkungshandlungen, die in den Bestimmungen des deutschen Passrechts keine Entsprechung haben, seien dem Ausländer unter Berücksichtigung dieser Vorgaben gegen seinen Willen nur zuzumuten, soweit sie mit grundlegenden rechtsstaatlichen Anforderungen vereinbar sind. Dies sei bei der Reueerklärung nicht der Fall. Die Verknüpfung einer Selbstbeziehung mit der Ausstellung eines Reisepasses sei mit grundlegenden rechtsstaatlichen Anforderungen unvereinbar.<sup>12</sup> Daran ändere es im Einzelfall nichts, dass eritreische Staatsangehörige sich „nicht selten“ freiwillig zur Abgabe der Reueerklärung bereitfinden.<sup>13</sup>

Die asylrechtliche Frage, ob die gegebenenfalls durch Abgabe der Reueerklärung und Zahlung der sogenannten Aufbausteuer (unter Umständen) bewirkte Erlangung des „Diaspora-Status“ zu einem Widerruf des subsidiären Schutzes gemäß § 73 Abs. 2 AsylG (bis 31.12.2022: § 73b Abs. 1 Satz 1 AsylG) führen kann<sup>14</sup>, hatte im Streitfall keine Relevanz und wurde durch das BVerwG nicht weiter erörtert.

*Grundsatzangelegenheiten der Prozessführung*

## Türkei: Situation alleinstehender Frauen und allein-erziehender Mütter

Der Arbeitsmarkt in der Türkei ist durch einen erheblichen Gender-Gap mit einer niedrigen Frauenerwerbsquote und geringen Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen gekennzeichnet.<sup>15</sup> Die Mehrheit der Frauen ist im Dienstleistungssektor und in der Landwirtschaft beschäftigt.<sup>16</sup>

Ein Großteil arbeitet im informellen Sektor.<sup>17</sup> Den Statistiken zufolge wies die Schwarzmeerregion die höchste Frauenerwerbsquote auf, nämlich in den Provinzen Trabzon, Ordu, Giresun, Rize, Artvin und Gümüşhane, während die niedrigste Quote in der Region der südöstlichen und östlichen Provinzen Mardin, Batman, Şırnak und Siirt zu verzeichnen war.

Zudem stieg die Erwerbsbeteiligung von Frauen laut der Statistik proportional zu ihrem Bildungsniveau. Bei den Analphabetinnen lag die Quote bei nur 12,4 %, während 29,9 % der Hochschulabsolventinnen einer Erwerbstätigkeit nachgehen. 65,6 % der erwerbstätigen Frauen verfügen über einen Hochschulabschluss. Unter den Frauen mit Kindern waren nur 25,2 % der Mütter zwischen 25 und 49 Jahren mit Kindern unter 3 Jahren erwerbstätig.<sup>18</sup>

Alleinstehende Frauen mit niedrigem Bildungsniveau haben eher in Großstädten die Möglichkeit einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Jedoch lag nach Angaben des türkischen Statistikinstituts und der Arbeitsvermittlungsagenturen der Durchschnittslohn in der Türkei im Jahr 2022 bei ca. 10.000 Lira pro Monat. Beim derzeitigen Wechselkurs entspricht dies 499 Euro (Stand: Februar 2023). Nach Steuern beträgt das Nettoeinkommen von türkischen Arbeitnehmenden 7.830 Lira (ca. 390,72 Euro) pro Monat. Hierbei handelt es sich um den Medianlohn, d. h., dass 50 % der erwerbstätigen Bevölkerung weniger als 7.830 Lira verdient, während das Gehalt von weiteren 50 % der Bevölkerung diesen Betrag übersteigt. Diese Zahlen gelten für große Ballungsgebiete wie Istanbul und Ankara.<sup>19</sup> 25 % der erwerbstätigen Bevölkerung verdienen weniger als 4.420 Lira (ca. 220,56 Euro) monatlich.<sup>20</sup> Das niedrigste durchschnittliche Bruttojahreseinkommen wurde im Sektor „Gastronomie und Tourismus“ mit 35.172 Lira (1755,10 Euro) und im Sektor „Verwaltungs- und Servicedienstleistungen“ mit 38.080 Lira (1900,21 Euro) erzielt.<sup>21</sup> Laut einer Studie der International Labour Organisation und des türkischen Statistikinstituts vom Oktober 2020 betrug der Gender-Pay-Gap in der Türkei zudem 15,6 % zum Nachteil von Frauen. Die Studie ergab außerdem, dass sich der Gender-Pay-Gap mit zunehmendem Alter und abnehmendem Bildungsniveau vergrößert.<sup>22</sup>

<sup>11</sup> Ebd., Rn. 24.

<sup>12</sup> Ebd., Rn. 26.

<sup>13</sup> Ebd., Rn. 30.

<sup>14</sup> Ebd., Rn. 29.

<sup>15</sup> Ilkha: Turkey's unemployment rate drops to 10.0 pct. Statistical Agency, 15.11.2022

<sup>16</sup> Daily Sabah: Affirmative action introduces more social aid to Turkish women, 03.08.2022;

Daily Sabah: Women outlive men but lag behind in employment in Turkey, 05.03.2021

<sup>17</sup> International Labour Organization: Promoting Gender Equality in the World of Work, 2022;

Kader, Merve Umay: Stepping into a new struggle. Low-SES divorced single mothers' experiences in relation to family resources and social policies in Turkey, August 2018, S.80

<sup>18</sup> Daily Sabah: Women's employment improves, but remains below men in Turkey, 04.03.2022;

Turkish Statistical Institute: Women in Statistics 2020, 05.03.2021

<sup>19</sup> Wage Centre: Salary in Turkey, 2022; Salary Explorer: Average Salary in Turkey 2023

<sup>20</sup> Salary Explorer: Average Salary in Turkey 2023

<sup>21</sup> Wage Centre: Salary in Turkey, 2022

<sup>22</sup> International Labour Organization: Gender Wage Gap is 15.6% in Turkey, 05.10.2020

Alleinerziehende Frauen ohne Erwerbstätigkeit haben in der Türkei nur wenige Möglichkeiten ein Existenzminimum für ihre Familien zu sichern. Wissenschaftlichen Studien aus den Jahren 2010 sowie 2018 zufolge sind Hauptprobleme von alleinerziehenden Frauen in der Türkei wirtschaftlicher Natur.<sup>23</sup> Eigene Familienmitglieder, Ex-Ehepartner und Verwandte wurden von den Teilnehmerinnen der Studien als die wichtigsten Quellen für finanzielle und soziale Unterstützung benannt.<sup>24</sup> Das Wohlfahrtssystem der Türkei stellt die Rolle der Familie in den Mittelpunkt von sozialen Dienstleistungen. In diesem Zusammenhang wird von den Behörden im Falle der Auflösung einer Kernfamilie (z. B. durch Scheidung), die Unterstützung durch die Verwandtschaft erwartet.<sup>25</sup> Staatliche Stellen scheinen zudem die Unterstützung durch Verwandte zu befürworten, indem Großeltern, die Kinder betreuen, durch staatliche Zulagen im Rahmen der Beschäftigungsregelung unterstützt werden.<sup>26</sup>

Ohne familiäre Unterstützung stellt sich die Situation insbesondere für geschiedene oder unverheiratete Mütter schwierig dar und der Staat bietet nur wenig Unterstützung.<sup>27</sup> Die staatlichen Sozialhilfeprogramme konzentrieren sich auf die finanzielle Unterstützung von Witwen. Es existieren keine direkten staatlichen Leistungen für geschiedene Frauen und ihre Kinder, jedoch erhalten bedürftige Mütter, unter der Voraussetzung, dass sie keine Sozialversicherung besitzen, eine geringfügige finanzielle Unterstützung von 500 Lira (24,95 Euro) monatlich, wenn sie ihre Kinder regelmäßig zu Gesundheitsuntersuchungen bringen.<sup>28</sup> Frauen können über die Sozialhilfe- und Solidaritätsstiftungen in jeder der 81 Provinzen des Landes und über die Regierungswebsite e-Devlet Sozialhilfe beantragen.<sup>29</sup> Zudem können arbeitslose Personen von der staatlichen Sozialversicherung eine monatliche Unterstützung in Höhe von 40 % ihres Monatsgehalts (errechnet aus dem Durchschnitt des

Monatsgehalts der letzten vier Monate vor Beantragung) bis maximal 80 % des aktuellen Grundgehalts erhalten. Der tatsächliche Betrag hängt von den getätigten Beitragszahlungen der letzten drei Jahre vor Antragstellung ab. Arbeitnehmer müssen in den letzten drei Jahren vor Antragstellung für mindestens 600 Tage Beiträge gezahlt haben. Wird dieses Kriterium nicht erfüllt, wird für die Berechnung der finanziellen Unterstützung vom aktuellen Mindestlohn in der Türkei ausgegangen. Das Arbeitslosengeld wird maximal 10 Monate lang gezahlt. Bei Kündigung besteht kein Anspruch auf Arbeitslosengeld.<sup>30</sup>

*Länderanalysen*

## VGH Mannheim / Afghanistan: Grundsatzentscheidung zu asylrechtlichen Fragen

Mit Urteil vom 22. Februar 2023 – A 11 S 1329/20 – hat der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg seine Rechtsprechung zu Afghanistan erstmals seit der Machtübernahme durch die Taliban aktualisiert.<sup>31</sup> Die Entscheidung erging auf Berufung eines afghanischen Staatsangehörigen, der 2017 Asyl beantragt und zur Begründung auf konkrete Bedrohungshandlungen und Drohbriebe der Taliban verwiesen hatte. Der Ablehnungsbescheid des Bundesamtes und das klageabweisende Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart vom 30. September 2019 wurden im Wesentlichen mit einer Widersprüchlichkeit und fehlenden Glaubhaftigkeit des Vorbringens des Klägers begründet. Ein nationales Abschiebungsverbot wurde – in Einklang mit der seinerzeit geltenden Auffassung des Bundesamtes und der obergerichtlichen Rechtsprechung – nicht festgestellt, da es sich beim Kläger um einen erwerbsfähigen, erwachsenen, überdurchschnittlich gebildeten Mann ohne Unterhaltsverpflichtung gehandelt habe, in dessen Person keine individuell erschwerenden Umstände vorgelegen haben.

Mit Urteil vom 22. Februar 2023, dem eine umfassende Befragung des Klägers in der mündlichen Verhandlung voranging, hat der VGH die Beklagte aufgrund der konkreten Umstände des Einzelfalls zur Feststellung eines Abschiebungsverbots nach § 60 Abs. 5 AufenthaltG verpflichtet und die Berufung hinsichtlich der begehrten Flüchtlingseigenschaft und des subsidiären Schutzes zurückgewiesen.

23 Cakir, Gulfem: A pilot study on stress and support sources of single mothers in Turkey, Dezember 2010; Kader, Merve Umay: Stepping into a new struggle. Low-SES divorced single mothers' experiences in relation to family resources and social policies in Turkey, August 2018, S. 4

24 Cakir, Gulfem: A pilot study on stress and support sources of single mothers in Turkey, Dezember 2010; Kader, Merve Umay: Stepping into a new struggle. Low-SES divorced single mothers' experiences in relation to family resources and social policies in Turkey, August 2018, S. 28 und S. 65

25 Kader, Merve Umay: Stepping into a new struggle. Low-SES divorced single mothers' experiences in relation to family resources and social policies in Turkey, August 2018, S. 85

26 Daily Sabah: Affirmative action introduces more social aid to Turkish women, 03.08.2022; Kader, Merve Umay: Stepping into a new struggle. Low-SES divorced single mothers' experiences in relation to family resources and social policies in Turkey, August 2018, S. 85

27 Daily Sabah: Divorced Turkish women face risk of social exclusion, 22.09.2022; Çelebi, Özgün: Parental Equality in Turkey: Understanding Gender Roles Through the Legal Treatment of Working and Divorced Mothers, International Journal of Law, Policy and the Family, Bd. 35, Nr. 01, 2021; Kader, Merve Umay: Stepping into a new struggle. Low-SES divorced single mothers' experiences in relation to family resources and social policies in Turkey, August 2018, S. 79 und S. 85-86

28 Kader, Merve Umay: Stepping into a new struggle. Low-SES divorced single mothers' experiences in relation to family resources and social policies in Turkey, August 2018, S. 86-87

29 Daily Sabah: Affirmative action introduces more social aid to Turkish women, 03.08.2022

30 Guides Global: Social Security, Welfare Benefits in Turkey, 2020

31 VGH Mannheim, vom 22.02.2023, A 11 S 1329/20, Urteil; in MiLo: [https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/687377/687464/687482/687314/24036861/-/VGH\\_Mannheim%2C\\_vom\\_22.02.2023%2C\\_A\\_11\\_S\\_1329\\_20%2C\\_Urteil.pdf?nodeid=24060535&vernum=-2](https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/687377/687464/687482/687314/24036861/-/VGH_Mannheim%2C_vom_22.02.2023%2C_A_11_S_1329_20%2C_Urteil.pdf?nodeid=24060535&vernum=-2), abgerufen am 16.03.2023.



In der 129 Seiten umfassenden Entscheidung hat der VGH dabei eine Vielzahl von Rechts- und Tatsachenfragen grundsätzlich bedeutsam geklärt, die sich aktuell in der Entscheidungspraxis des Bundesamtes als auch in der verwaltungsgerichtlichen Praxis stellen.

### 1. Flüchtlingseigenschaft

a) Eine begründete Furcht vor Verfolgung auf Grundlage einer vom Kläger vorgetragenen Vorverfolgung hat der VGH nach einer ausführlichen Würdigung der Glaubhaftigkeit des Klägervortrags nicht feststellen können. Auf Grundlage des im Rahmen der mündlichen Verhandlung gewonnen persönlichen Eindrucks glaubte der Senat dem Kläger, Opfer eines Raubüberfalls geworden zu sein. Der Überfall knüpfte jedoch nicht an einen flüchtlingsrechtlich relevanten Verfolgungsgrund im Sinne des § 3b Abs. 1 AsylG an. Dass der Kläger ins Visier der Taliban geraten und von diesen bedroht worden sei, vermochte der Senat nach ausführlicher Auseinandersetzung mit dem Vorbringen des Klägers und den darin enthaltenen Ungeheimheiten nicht zu glauben.

b) Ein Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft wurde auch nicht mit Blick auf die Ausreise ins nicht muslimisch geprägte Ausland und einen längeren Verbleib sowie eine Asylantragstellung in Deutschland angenommen. Es fehle an tragfähigen Anhaltspunkten dafür, dass bei einer Rückkehr nach Afghanistan alleine deswegen Verfolgungsmaßnahmen im Sinne des § 3a Abs. 1 AsylG befürchtet werden müssten.

Darüber hinaus fehle es an der beachtlichen Wahrscheinlichkeit bezüglich der nach § 3a Abs. 3 AsylG erforderlichen Verknüpfung zwischen einer solchen Verfolgung und einem der in § 3 Abs. 1 AsylG genannten Verfolgungsgründe.

Aus den zur Verfügung stehenden Erkenntnismitteln lasse sich nicht entnehmen, dass die Taliban oder private Dritte jedem zurückkehrenden Asylantragsteller ohne Weiteres eine oppositionelle Gesinnung oder Apostasie unterstellen. Es lägen auch keine Erkenntnisse dazu vor, dass insbesondere bei der Einreise am Flughafen unterschiedslos jeder Rückkehrer aus dem nicht islamisch geprägten Ausland als regierungs- oder islamfeindlich betrachtet und Repressalien unterzogen werde. Hinzu komme, dass die Taliban ausgereiste Afghanen ausdrücklich dazu auffordern, ins Land zurückzukehren und, zumindest bezogen auf nicht den „Eliten“ angehörige Afghanen, das Narrativ verbreiten, diese seien vor der Armut und nicht vor den Taliban geflohen.

Im Falle besonderer, individuell gefahrerhöhender Umstände sei es nicht ausgeschlossen, dass in einer Einzelfallprüfung von einer Verfolgung aufgrund von Religion, politischer Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe ausgegangen

werden könne; im Falle des Klägers seien gefahrerhöhende Momente aber nicht gegeben.

c) Nach einer Definition und eingehenden Befassung mit dem unbestimmten Begriff der „Verwestlichung“ hat der VGH es offengelassen, ob und inwieweit eine „Verwestlichung“ die Gefahr einer Verfolgung in Afghanistan vorliegend nach sich ziehen könne. Dass der Kläger infolge einer tiefgreifenden westlichen Identitätsprägung bei einer Rückkehr eine ernsthafte und nachhaltige innere Überzeugung verleugnen müsste und ihn die erforderliche Anpassung an die im „Islamischen Emirat Afghanistan“ erwarteten Verhaltensweisen und Traditionen gleichsam vor eine innere Zerreißprobe stellen würde, sei nicht vorgetragen und auch sonst nicht ersichtlich.

### 2. Subsidiärer Schutz

Im Rahmen einer Untersuchung der tatsächlichen Gefahr für den Kläger, Opfer einer § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 AsylG zuwiderlaufenden Behandlung zu werden, stellte der VGH ebenfalls den Mangel einer hinreichenden Wahrscheinlichkeit dafür fest, dass die Taliban Rückkehrer, die sich längere Zeit im nicht muslimisch geprägten Ausland aufgehalten haben, allein aufgrund des erfolgten Auslandsaufenthalts foltern oder sonst unmenschlich oder erniedrigend behandeln oder bestrafen, insbesondere etwa in Form von gewaltsamen Verhören bei Ankunft an einem der internationalen Flughäfen. Dies gelte jedenfalls dann, wenn – wie hier – der Rückkehrer nicht in exponierter Weise „verwestlicht“ sei. Ähnliches gelte mit Blick auf den zu erwartenden Umgang der afghanischen Aufnahmegesellschaft mit einem Rückkehrer aus dem westlichen Ausland. Es erscheine zwar nicht ausgeschlossen, dass es in Einzelfällen zu Anfeindungen und/oder Repressalien käme, ohne dass die Taliban hiervoor Schutz böten. Dieses Risiko erreiche allerdings jedenfalls dann nicht die erforderliche erhebliche Gefahrendichte, wenn der Rückkehrer nicht als „verwestlicht“ anzusehen sei. Es sei auch nicht beachtlich wahrscheinlich, dass der Kläger Versuchen der Taliban ausgesetzt sein werde, ihn zwangsweise zu rekrutieren. Zudem lasse sich auch nicht feststellen, dass der Kläger insoweit tatsächlich Gefahr laufe, ernsthaften Schaden zu erleiden, als er in Afghanistan Opfer von Alltagskriminalität werden könnte.

### 3. Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 AufenthG

a) Der Senat ist aufgrund der prekären humanitären Verhältnisse in Kabul und in ganz Afghanistan weiterhin der Auffassung, dass auch im Falle eines leistungsfähigen erwachsenen Mannes ohne Unterhaltsverpflichtungen bei Rückkehr aus dem westlichen Ausland die hohen Anforderungen eines Abschiebungsverbots nach § 60 Abs. 5 AufenthG i. V. m. Art. 3 EMRK regelmäßig erfüllt seien, wenn in seiner Person keine besonderen begünstigenden Umstände vorliegen.

Derartige Umstände könnten insbesondere dann gegeben sein, wenn der Schutzsuchende in Afghanistan ein tragfähiges und erreichbares familiäres oder soziales Netzwerk hat, er in hinreichendem Maße finanziell Unterstützung durch Dritte erfährt oder über ausreichendes Vermögen verfügt. Ein tragfähiges familiäres oder soziales Netzwerk sei dann gegeben, wenn bei Rückkehr des Betroffenen nach Afghanistan Verwandte oder sonstige Dritte bereit und tatsächlich in der Lage seien, ihn in einem solchen Umfang zu unterstützen, dass seine elementarsten Bedürfnisse über einen absehbaren Zeitraum befriedigt werden können. Dies könne etwa dann der Fall sein, wenn der Betroffene über den genannten Personenkreis Zugang zu einer hinreichenden Verdienstmöglichkeit und/oder einer Unterkunft, Nahrung sowie einer Waschmöglichkeit erlangen kann.

b) Nach aktueller Einschätzung des 11. Senats könne die auf Feststellung eines nationalen Abschiebungsverbots nach § 60 Abs. 5 AufenthG gerichtete Klage eines leistungsfähigen, erwachsenen afghanischen Mannes ohne Unterhaltsverpflichtungen nur dann Erfolg haben, wenn zur Überzeugung des Gerichts feststehe, dass in seiner Person keine besonderen begünstigenden Umstände vorliegen. Bei der Ermittlung der in Rede stehenden, regelmäßig nur dem Kläger bekannten Umstände bleibt es bei den allgemein im Asylverfahren geltenden Grundsätzen, dass es zunächst Sache des Schutzsuchenden sei, die Gründe für seine Furcht vor Verelendung schlüssig darzulegen. Behauptet er etwa, in Afghanistan kein hinreichend tragfähiges und erreichbares familiäres oder soziales Netzwerk zu haben, keine hinreichende finanzielle oder materielle Unterstützung durch Dritte zu erfahren und auch nicht über ausreichendes Vermögen zu verfügen, müsse er dies erläutern und plausibel machen.

Ist das Gericht nicht davon überzeugt, dass der Schutzsuchende – wie von ihm behauptet – keinen Zugang zu einem tragfähigen und erreichbaren familiären oder sozialen Netzwerk hat, keine hinreichende Unterstützung durch Dritte erwarten kann und auch nicht über ausreichendes Vermögen verfügt, kann es gleichzeitig aber auch nicht die (positive) Überzeugung gewinnen, dass solche besonderen begünstigenden Umstände vorliegen. Sieht das Gericht keinen Ansatzpunkt für eine weitere Aufklärung, hat es die Nichterweislichkeit der behaupteten (negativen) Tatsachen („non liquet“) festzustellen und eine Beweislastentscheidung zu treffen. Bleibe es bei der Unaufklärbarkeit, trage der Schutzsuchende die materielle Beweislast für die ihm günstige Behauptung, ihm drohe in Afghanistan die Verelendung.

c) In Anwendung dieser Grundsätze ist der VGH nach ausführlicher Befragung des Klägers zu den begünstigenden Umständen zu der Überzeugung gelangt, dass dem Kläger aufgrund der konkreten Umstände des

Einzelfalls mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit nicht gelingen würde, in Afghanistan wenigstens ein Leben am Rande des Existenzminimums zu führen.

*Prozessführung / Berufungsverfahren*

## VG Frankfurt / Jordanien: Subsidiärer Schutz bei Bedrohung durch eigenen Vater

Mit Urteil vom 6. Mai 2022 (Az.: 1 K 2448/19.F.A)<sup>32</sup> entschied das Verwaltungsgericht (VG) Frankfurt am Main, dass der Klägerin, einer geschiedenen, alleinstehenden Frau, bei Rückkehr in ihr Heimatland mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit ein ernsthafter Schaden aufgrund der massiven Bedrohung durch den Vater drohe und ihr somit subsidiärer Schutz nach § 4 AsylG zuzuerkennen sei.

Die im Jahr 1966 geborene Klägerin, jordanische Staatsangehörige, reiste 2018 in Begleitung ihrer beiden erwachsenen Töchter über den Flughafen Frankfurt am Main ein. Asylbegründend gab die Klägerin dort an, in Jordanien habe sie als alleinstehende geschiedene Frau mit zwei Töchtern keine Freiheiten gehabt und unter erheblichen finanziellen Schwierigkeiten gelitten. Dabei legte sie glaubhaft eine autoritäre und gewalttätige Behandlung mit ausgesprochenen Todesdrohungen seitens ihres Vaters dar.

In dem Zeitraum nach dem Auszug ihres Ehegatten und im Anschluss an die erklärte Scheidung habe sie eine kurze Zeit mit ihren Töchtern allein gelebt. Ihr Vater habe jedoch darauf bestanden, dass dies nicht mehr angängig sei. In Jordanien stelle es sich nach Erkenntnissen des Gerichts<sup>33</sup> tatsächlich so dar, dass eine Frau schwerlich alleine (ohne männliche Familienangehörige/Verwandte) leben könne, wenn sie nicht verheiratet sei. Der Vater der Klägerin habe sie und ihre beiden Töchter in seinen Haushalt gezwungen, dort festgehalten und unter Druck gesetzt. Zudem wurde er als nun einziges männliches Oberhaupt der Familie von der Schule unterrichtet, dass eine der Töchter der Klägerin lesbisch sei. Seit dieser Mitteilung habe er durchgesetzt, dass die Klägerin und beide Töchter ein Kopftuch zu tragen hätten. Sie seien enormen Druck von seiner Seite ausgesetzt, übel beschimpft, auch geschlagen und mit dem Tode bedroht worden. Im Hinblick auf die Töchter sei er entschlossen gewesen, deren jeweilige Heirat zu erzwingen.

<sup>32</sup> VG Frankfurt am Main, vom 06.05.2022, 1 K 2448/19.F.A, [https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/683893/683911/684004/23597039/-/VG\\_Frankfurt%2C\\_vom\\_06.05.2022%2C\\_1\\_K\\_2448\\_19.F.A%2C\\_Urteil.pdf?no-deid=24047436&vernum=-2](https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/683893/683911/684004/23597039/-/VG_Frankfurt%2C_vom_06.05.2022%2C_1_K_2448_19.F.A%2C_Urteil.pdf?no-deid=24047436&vernum=-2)

<sup>33</sup> Ebd., S. 22.

Laut Amnesty International<sup>34</sup> sind in Jordanien weiterhin diskriminierende familienrechtliche Bestimmungen anwendbar, die aus der nach wie vor gesetzlich geregelten männlichen Vormundschaft über Frauen resultieren (male guardianship). Nach Auffassung des Gerichts, befand sich die Klägerin im vorliegendem Einzelfall in einer solchen zugespitzten Bedrohungslage durch ihren eigenen Vater als männliche Bezugsperson der Herkunftsfamilie, dessen autoritärem Einfluss sie (und ihre unverheirateten Töchter) ohne wirksamen Schutz ausgesetzt gewesen waren.

Die Zumutbarkeit einer inländischen Fluchtalternative verneinte das Gericht. Die Klägerin wäre nicht in der Lage, etwa eine Aufnahme in ein Frauenhaus durchzusetzen. Zudem sei für eine weibliche, nicht mehr verheiratete Jordanierin im Alter der Klägerin in einer städtisch geprägten Umgebung außerhalb Ammans keine Lebensgrundlage zu finden, da trotz einer hohen Rate weiblicher Hochschulabsolventen die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Jordanien mit 14 % niedrig, inzwischen die niedrigste im gesamten Nahen Osten ist und ein erhebliches Gehaltsgefälle zu den männlichen Erwerbseinkünften besteht.<sup>35</sup>

Damit handele es sich nach Überzeugung des Gerichts um eine sowohl unmenschliche als auch erniedrigende Behandlung im Sinne des § 4 Abs. 1 Nr. 2 AsylG, die der Klägerin mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit im Rückkehrfall drohe.

*Rechtsdokumentation*

## VG Osnabrück / Simbabwe: Interner Schutz für alleinstehende Frau möglich und zumutbar

Mit Urteil vom 3. Februar 2023 (Az.: 4 A 77/21)<sup>36</sup> entschied das Verwaltungsgericht (VG) Osnabrück, dass die Inanspruchnahme des internen Schutzes für alleinstehende Frauen in Simbabwe grundsätzlich möglich und zumutbar sei.

Zur Begründung ihres Asylantrags trug die Klägerin im Wesentlichen vor, unter häuslicher Gewalt durch ihren Ex-Ehemann gelitten zu haben, mit dem sie seit 1998 verheiratet gewesen sei. Im Jahre 2013 habe er

angefangen sie zu schlagen, sodass sie im Krankenhaus habe behandelt werden müssen. Eine Anzeige bei der Polizei sei mit dem Verweis auf eine Familienangelegenheit zurückgewiesen worden. Als sie im Jahr 2015 erneut nach tätlichem Angriff ihres Ex-Ehemannes im Krankenhaus behandelt worden sei, habe man dort eine HIV-Infektion festgestellt. Medikamente habe sie im Krankenhaus kostenlos erhalten. Daraufhin habe sie beschlossen, ihn zu verlassen und sei zu ihren Eltern gezogen, die im selben Dorf gewohnt hätten. Sie sei jedoch weiterhin von ihrem Ex-Ehemann aufgesucht, bedroht und geschlagen worden. Er habe sie aufgefordert, zu ihm zurückzukehren. Sie habe sich auch an das Musasa-Projekt – eine in Simbabwe tätige Frauenrechtsorganisation – gewandt. Man habe ihr geraten, vor Gericht zu ziehen, sie habe jedoch nicht die finanziellen Mittel für einen Anwalt gehabt. Zwischenzeitlich habe sie sich bei ihrer Tante in der Stadt Bulawayo und in Südafrika aufgehalten. Da sie dort nicht habe bleiben können und nicht zurück in ihr Heimatdorf konnte, sei sie schließlich ausgereist.

Das Gericht kommt zu dem Schluss, dass bei Wahrunterstellung der tatsächlichen Verfolgung durch ihren Ex-Ehemann, der Klägerin eine inländische Fluchtalternative gemäß § 3e AsylG in anderen Landesteilen Simbabwes zur Verfügung stehe. Eine sichere und legale Reise von Deutschland nach – beispielsweise – Harare, der größten Stadt Simbabwes mit einer hohen Bevölkerungsdichte und einem starken wirtschaftlichen Ballungsraum, sei grundsätzlich möglich und der Klägerin auch zumutbar. Insbesondere hat sie ausweislich der dem Gericht vorliegenden Erkenntnismittel in Harare Zugriff auf Medikamente, um ihre HIV-Infektion zu behandeln.

Das Gericht geht ferner davon aus, dass sich die arbeitsfähige Klägerin dort durch eigene Erwerbstätigkeit eine Lebensgrundlage oberhalb des Existenzminimums erarbeiten können. Es ist hinsichtlich des gesellschaftlichen Hintergrunds ihres Ex-Ehemanns jedenfalls nicht erkennbar, dass er die Klägerin landesweit in ihrem Herkunftsland aufspüren oder von ihrer Rückkehr und ihrem Aufenthaltsort Kenntnis erlangen könne. Zudem hätten laut ihren Angaben beim Bundesamt die gewalttätigen Übergriffe seitens ihres früheren Ehemanns nur in ihrem Heimatort stattgefunden. An anderen Orten, welche die Klägerin aufgesucht hatte (z. B. Bulawayo), habe es nach ihren Schilderungen keine Misshandlungen durch ihren ehemaligen Ehemann gegeben. Zudem wäre die Klägerin insofern auch auf die durch das Musasa-Projekt geführten Frauenhäuser in Simbabwe zu verweisen.

Die derzeitigen humanitären Verhältnisse in Simbabwe führen laut Gericht auch nicht zur Feststellung eines nationalen Abschiebungsverbots gemäß § 60 Abs. 5 AufenthG. Zwar ist dem Gericht bekannt, dass das Leben der Menschen in Simbabwe teilweise von problematischen wirtschaftlichen Verhältnissen

<sup>34</sup> Amnesty International: Jahresbericht Jordanien 2017/2018, insbes. Rechte der Frauen, in: <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/jordanien>, abgerufen am 02.02.23.

<sup>35</sup> Holleis, Jennifer: Frauen in Jordanien: Der lange Weg zur Gleichberechtigung, in: Deutsche Welle: Beitrag vom 03.07.2022, <https://p.dw.com/p/4DJZx>, abgerufen am 02.02.2023.

<sup>36</sup> Vgl. VG Osnabrück, Urteil vom 03.02.2023, 4 A 77/21, in MIO: <https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe?func=ll&objId=24068734&objAction=Open&nxturl=%2Fotcs%2Fcs%2Eexe%3Ffunc%3Dl%26objid%3D24068210%26objAction%3Dbrowse%26sort%3Dname>



geprägt sei. Gleichwohl liege keine derart unzureichende Versorgungslage vor, die einen besonderen Ausnahmefall im humanitären Sinne begründet. Es ist zu erwarten, dass es der arbeitsfähigen Klägerin bei einer Rückkehr nach Simbabwe gelingen wird, die eigenen Bedürfnisse zu erfüllen und ein Leben oberhalb des Existenzminimums zu führen. Sie hat nach eigenen Angaben in Simbabwe neun Jahre eine Schule besucht. Danach hat sie Landarbeit verrichtet und war in ihrer Zeit in Südafrika als Verkäuferin tätig. Das Gericht nimmt an, dass die Klägerin im Fall ihrer Rückkehr vergleichbare Tätigkeiten wahrnehmen können. Ferner ist die Klägerin in Simbabwe aufgewachsen und daher mit der dortigen Kultur und den dortigen Lebensumständen vertraut. Aufgrund dessen ist zu erwarten, dass sie bei einer Rückkehr in ihr Heimatland ihre elementarsten Grundbedürfnisse im Hinblick auf Ernährung, Unterkunft und Beschäftigung befriedigen können. Zwar ist es nicht ausgeschlossen, dass sie angesichts ihrer HIV-Erkrankung finanzielle Mehrausgaben zu erwarten hat, jedoch verfügt sie in Simbabwe über ein großes Netz verwandtschaftlicher Beziehungen. So leben ihre Mutter, ihre Tante, mehrere Geschwister sowie ihre Kinder, von denen eines bereits volljährig ist, in Simbabwe. Im Bedarfsfall kann sie zur Sicherung des Existenzminimums und zur Finanzierung notwendiger medizinischer Behandlungen auf deren Hilfe zurückgreifen.

Rechtsdokumentation

## Blick zum Nachbarn: EUAA – Überblick über die Asyltrends 2022

Die Europäische Asylagentur (EUAA)<sup>37</sup> veröffentlichte im Februar 2023 die neuesten Daten und Fakten zum Asylgeschehen des Jahres 2022 der EU+-Staaten.<sup>38</sup> In sechs übersichtlich gestalteten Rubriken inklusive einer interaktiven Weltkarte sowie einer Kurzinformation berichtet die EUAA über aktuelle Zahlen auf ihrer Homepage.

### Zugangszahlen

Zum wichtigsten asylrelevanten Thema avancierte 2022 die Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine. Fast fünf Millionen Geflüchtete wurden in den EU+-Staaten aufgenommen. Rund 4 Millionen konnten von der aktivierten Richtlinie zum vorübergehenden Schutz profitieren; weitere 966.000 Personen stellten einen Asylantrag. Auch ohne Berücksichtigung des Ukrainekriegs berichtet die EUAA, dass die Antragszahlen in den EU+-Staaten im Jahr 2022 mit

855.000 Erstanträgen und 80.000 Zweitanträgen, darunter 45.000 unbegleitete Minderjährige, um die Hälfte gegenüber 2021 angestiegen sind.

### Herkunftsländer

Laut Bericht kamen 2022 die beiden größten Gruppen der Antragstellenden in den EU+-Staaten aus Syrien (ca. 132.000) und Afghanistan (129.000), die dritte große Gruppe mit 55.000 Antragstellenden stammt aus der Türkei. Mit starker Zunahme folgen die Herkunftsländer Venezuela (51.000 Antragstellende), Kolumbien (43.000 Antragstellende), Pakistan (37.000 Antragstellende), Bangladesch (34.000 Antragstellende) und Georgien (29.000 Antragstellende).

### Exkurs: Herkunftsländer Ukraine – Syrien – Afghanistan

In einem weiteren Fokus werden die drei wichtigsten Herkunftsländer des Jahres 2022 Ukraine, Syrien und Afghanistan<sup>39</sup> separat kurz beleuchtet.

Auch wenn die Zahlen der **ukrainischen Fluchtbewegungen** aufgrund vieler Mehrfachbewegungen schwierig zu erfassen sind, berichten der UNHCR<sup>40</sup> und IOM<sup>41</sup> von 13,5 Millionen Grenzübertritten in die angrenzenden EU-Nachbarländer, von ca. 9,2 Millionen Rückkehrenden<sup>42</sup> und 5,9 Mio. Binnenvertriebenen.

Aus **Syrien** stammen auch 2022 wieder die meisten Antragstellenden (132.000) in den EU+-Staaten, eine Steigerung um 24 % gegenüber 2021 und die höchste Zahl seit 2015/2016. Diese gehören mit türkischen und afghanischen Geflüchteten zu den drei führenden Nationalitäten in Bezug auf illegale Grenzübertritte, die entlang der Westbalkan-, zentralen Mittelmeer- und östlichen Mittelmeerrouten stattfinden.<sup>43</sup>

Aus **Afghanistan** kommt aufgrund der sich verschlechternden Sicherheits-, humanitären und wirtschaftlichen Lage mit 13 % die zweitgrößte Gruppe an Asylsuchenden in den EU+-Ländern an. Im Jahr 2022 stieg die Zahl der Geflüchteten aus Afghanistan gegenüber 2021 um 29 % auf etwa 129.000, der höchsten seit 2016. Die überwiegende Mehrheit waren Erstantragstellende (92 %). Etwa 19.700 afghanische Anträge wurden von unbegleiteten Minderjährigen gestellt,

39 Ukraine, Syrien, Afghanistan

40 UNHCR Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen: Informationen werden von UNHCR aus einer Vielzahl von Quellen zusammengestellt. Quelle: UNHCR, Operational Data Portal: Ukraine Refugee situation; <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>, abgerufen am 16.03.2023.

41 IOM Internationale Organisation für Migration der Vereinten Nationen: Ukraine Internal Displacement Report, November/Dezember 2022; [https://dtm.iom.int/sites/g/files/tmzbd11461/files/reports/IOM\\_Gen%20Pop%20Report\\_R11\\_IDP\\_final\\_Publ.13122022.pdf](https://dtm.iom.int/sites/g/files/tmzbd11461/files/reports/IOM_Gen%20Pop%20Report_R11_IDP_final_Publ.13122022.pdf), abgerufen am 16.03.2023.

42 Laut UNHCR Einreisen in die Ukraine aus Polen, Rumänien, der Slowakei und Moldawien, s.o.

43 Frontex, EU's external borders in 2022: Number of irregular border crossings highest since 2016; <https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/eu-s-external-borders-in-2022-number-of-irregular-border-crossings-highest-since-2016-YsAZ29>, abgerufen am 16.03.2023.

37 EUAA: Latest Asylum Trends - Annual Overview 2022, <https://euaa.europa.eu/latest-asylum-trends-annual-overview-2022>, abgerufen am 14.03.2023.

38 EU+ bezieht sich auf die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie Norwegen und die Schweiz.

fast 50 % aller Anträge unbegleiteter Minderjähriger. Dies bedeutet eine Steigerung um die Hälfte gegenüber dem Vorjahr und die höchste seit 2015.

### Entscheidungen

Im darauffolgenden knapp gehaltenen Überblick über erfolgte Entscheidungen wird dargelegt, dass mit 632.000 Entscheidungen, verglichen mit 2021 ein Anstieg von 20 % zu verzeichnen ist. Die meisten Anträge wurden für die Herkunftsländer Syrien (ca. 109.000), Afghanistan (85.000) und Venezuela (34.000) entschieden. Insgesamt wurden 2022 jedoch ca. 333.000 mehr Anträge gestellt als Entscheidungen getroffen, die höchste Differenz zwischen Anträgen und Entscheidungen seit 2015.

### Anerkennungsrate

Auch die Anerkennungsrate bei Flüchtlingsschutz bzw. subsidiärem Schutz ist um 5 % auf insgesamt 40 % gestiegen und stellt die höchste Anerkennungsrate der letzten fünf Jahre dar.<sup>44</sup> Die Zuerkennung des Flüchtlingsstatus stieg gegenüber 2021 um 25 % auf 147.000, um 2/3 stieg die Zuerkennung des subsidiären Schutzes auf 106.000.

### Wachsende Zahl unbearbeiteter Fälle

Als abschließender Punkt wird über die Problematik wachsender anhängiger Fallzahlen in allen EU+-Ländern berichtet. Diese stiegen um 14 % auf etwa 636.000 nicht entschiedener Fälle, wovon über die Hälfte (354.000) bis zu sechs Monate anhängig sind.<sup>45</sup>

*Rechtsdokumentation*

## Neuerwerbungen der Bibliothek

**Austermann, Nele:** Neo-Refoulement – Europäisches Migrationsmanagement als öffentliche Gewalt. – 1. Auflage. – Bielefeld: transcript, 2023. – 1 Online-Ressource (206 Seiten). – ISBN 978-3-8394-6456-4

**Country of origin information:** research guide on LGBTIQ. – February 2023. – Luxembourg: Publications Office of the European Union, 2023. – 1 Online-Ressource (78 Seiten). – ISBN 978-92-9400-462-8

**Enkert, Andreas:** Warum langer Aufenthalt nicht zwangsläufig zu honorierende Integration Geduldeter begründet – Eine Einordnung des Chancen-Aufenthaltsrechts. – 1 Online-Ressource. – In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. – 43 (2023), Heft 2, Seite 63-68

**Frehner, Sarah; Mullis, Annina:** "Freiwillige Rückkehr" nach Syrien unter Zwang – oder wenn sich sogenannte sichere Drittstaaten als nicht sicher erweisen: Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR); Urteil vom 21. Juni 2022; Beschwerdesache Nr. 1557/19; Akkad gegen die Türkei. – In: Asyl: Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -praxis. – 37 (2022), Heft 3, Seite 12-13

**Gerloff, Volker:** Ein Weg zur Verwirklichung des Kindeswohls: zum EuGH-Urteil "RO gegen Deutschland" zu nachgeborenen Kindern von "Anerkannten". – 5 Seiten. – In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. – (2023), Heft 1/2, Seite 8-12

**Heuser, Helene:** Städte der Zuflucht: Kommunen und Länder im Mehrebenensystem der Aufnahme von Schutzsuchenden. – 1. Auflage. – Baden-Baden: Nomos, 2023. – 480 Seiten. – ISBN 978-3-7560-0530-7

**Klaus, Sebastian:** Ein zentrales Element der Migrationspolitik in der 20. Wahlperiode: die Umsetzung der neuen Hochqualifizierten-RL. – In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik. – 42 (2022), Heft 1, Seite 19-28

**Kolb, Holger:** Integration für alle sofort? Grundsätzliches angesichts eines Wertungswiderspruchs im Chancenaufenthaltsgesetz. – 1 Online-Ressource. – In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. – 43 (2023), Heft 2, Seite 60-63

**Kolb, Holger:** Punktesystem ante portas – Erwerbsmigrationsrecht: Überlegungen zur Weiterentwicklung in der anstehenden Legislaturperiode. – In: Zeitschrift für Rechtspolitik: ZRP. – 55 (2022), Heft 1, 1 Online-Ressource (Seite 14-17)

<sup>44</sup> Abschiebungsverbote wurden hier nicht registriert.

<sup>45</sup> EUAA: Latest Asylum Trends – Annual Overview 2022: „While most cases pending at first instance concerned Syrians and Afghans, the largest increases pertained to cases on Colombians, Venezuelans and Turks (in absolute terms) as well as Indians, Peruvians and Ukrainians (in relative terms).“

**Kolb, Holger:** Wie der § 19 c II AufenthG iVm § 6 BeschV zum Nukleus eines Punktesystems im deutschen Erwerbsmigrationsrecht werden könnte. - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik. - 42 (2022), Heft 2, Seite 51-54

**Kolb, Holger:** "Win some, lose some, it's all the same"? zu Bedeutungsgewinn und -verlust der Auswahlkriterien im Rahmen der Reform der Fachkräfteeinwanderung. - Februar 2023. - Berlin: SVR, 2023. - 1 Online-Ressource (8 Seiten)

**Mériaux, Katja [u.a.]:** Mächtige Narrative - was wir uns nicht erzählen : über den Zusammenhang von Gewalt, Stress und Trauma im Kontext Flucht. - Düsseldorf: BAfF, [2022]. - 1 Online-Ressource (47 Seiten)

**Müller, Kerstin [u.a.]:** Ein Antrag ist ein Antrag ist ein Antrag - Der Antragsbegriff im Familiennachzugsverfahren. - 1 Online-Ressource. - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 43 (2023), Heft 2, Seite 68-74

**Pineiro, Esteban [u.a.]:** The art of soft power banishment: new insights into the Swiss deportation regime. - 1 Online-Ressource (22 Seiten). - In: Ethnic and racial studies. - 45 (2022), Heft 16, Seite 28-48

**Schengen und Dublin in der Praxis:** in der EU, in der Schweiz und in einzelnen europäischen Staaten, mit einem Blick auf 70 Jahre Flüchtlingskonvention = dans l'UE, en Suisse et dans quelques Etats européens, avec un regard sur le 70<sup>ème</sup> anniversaire de la CSR. - Zürich: Dike, [2023]. - XIX, 603 Seiten. - ISBN 978-3-03891-511-9

**Themenschwerpunkt: Punktesystem** - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik. - 42 (2022), Heft 4, Seite 139-158

Enthält: Komplexität als Chance: Gestaltungsoptionen für das künftige Punktesystem zur Fachkräfteeinwanderung. - Seite 139-143

Enthält: Der Teufel liegt im Detail - zu den Herausforderungen der Kriterienbestimmung für ein Punktesystem zur Steuerung der Erwerbsmigration. - Seite 151-155

Enthält: Rechtspolitische Fallstricke bei der konkreten Ausgestaltung der "Chancenkarte". - Seite 156-158

**Ülpenich, Bettina:** Konstruktion kategorialer Zugehörigkeit: eine Untersuchung zu Praktiken der Alterszuschreibung bei minderjährigen Flüchtlingen. - Wiesbaden: Springer VS, [2022]. - XV, 282 Seiten : Illustrationen. - ISBN 978-3-658-40311-9

---



---



---

# Impressum

ISSN 2940-7001

## Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
90461 Nürnberg

## Stand

03/2023

## Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

## Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

## Bildnachweis


iStockphoto

## Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,  
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg  
E-Mail: [e-brief\(at\)bamf.bund.de](mailto:e-brief(at)bamf.bund.de)  
<https://milo.bamf.de>  
Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen  
unter: [www.bamf.de/publikationen](http://www.bamf.de/publikationen)

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 [www.facebook.com/bamf.socialmedia](https://www.facebook.com/bamf.socialmedia)

 [@BAMF\\_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

[www.bamf.de](http://www.bamf.de)

